Enthüllung des "Euthanasie"-Mahnmals am 31.05.2018

In einer bewegenden Zeremonie wurde am 31.05.2018 auf dem Braunschweiger Stadtfriedhof ein Mahnmal zur Erinnerung an die "Euthanasie"-Opfer zur Zeit des Nationalsozialismus enthüllt. Die Arbeitsgruppe Mahmal der Friedenskapelle hat seit 2015 an dem Projekt gearbeitet.

Nach der temporären Installation des mobilen Denkmals der "Grauen Busse" vor dem ECE-Einkaufszentrum 2015 war die Idee einer dauerhaften Form der Erinnerung an die im Braunschweiger Land ermordeten Behinderten und Psychiatriepatienten debattiert worden.



Der Rat hatte am 21.02.2017 im Rahmen seiner Haushaltsberatungen auch einen BIBS-Antrag angenommen, der die Verwaltung beauftragt, zur Errichtung einer dauerhaften Form der Erinnerung an die Euthanasieopfer im Dritten Reich ein Konzept zu erarbeiten und es den Gremien zu gegebener Zeit zur Beschlussfassung vorzulegen.

In der Konzeptausarbeitung hatte die Verwaltung dann in Zusammenarbeit mit den beteiligten Initiativen die Errichtung des Mahnmals in Erinnerung an die "Euthanasie"-Opfer in die Wege geleitet. Mit der Mitteilung an den Kulturausschuss am 10.03.2017 hatte die Verwaltung das so weit erarbeitete Konzept erstmals vorgestellt.



In der Sitzung des Kulturausschusses vom 18.05.2018 teilt die Verwaltung nunmehr mit, dass zur weiteren Konzeptvertiefung im dritten Quartal 2018 ein Runder Tisch

"nationalsozialistischer Krankenmord" stattfinden soll. Anschließend soll es eine Fachtagung geben.



Im Rahmen der Enthüllung des Mahnmals am 31.05.2018 schilderte Julia Gilfert (geb. Frick), stellvertretende Vorsitzende des Förderkreises Gedenkort T4 e.V. ihre Familiengeschichte. Ihr Großvater war als Musiker und angehender Kapellmeister auf der Suche nach Arbeit und sollte, da er arbeitslos war, zum Militär. Deswegen erhielt er einen Nervenzusammenbruch, der Anlass genug war, von seinem Schwager, der SS-Angehöriger war, in eine Heilanstalt eingewiesen zu werden. Dort wurde er Opfer der Aktion T4.



Unerträglich: AfD nimmt an der Einweihung teil

Die bewegende Zeremonie mit musikalischer Untermalung von Mariele Rehmann (Tenorsaxophon) und Georg Renz (Fagott) wurde mit Grußworten von Bürgermeisterin Anke Kaphammel (CDU) und Regina Blume für den Vorstand und die Projektgruppe der Gedenkstätte Friedenskapelle eingeleitet.

Unerträglich die Anwesenheit eines Mitglieds der AfD-Braunschweig: Solange sich die AfD-Braunschweig und ihre Mitglieder von der menschenverachtenden Bundestagsanfrage ihrer Fraktion in Berlin nicht ausdrücklich distanziert haben, muss jede Teilnahme an solchen

Veranstaltungen wie eine Verhöhnung der "Euthanasie"-Opfer im Nationalsozialismus wirken.

Die AfD-Fraktion im Bundestag hatte in einer kleinen Anfrage am 22.03.2018 u.a. gefragt, wie sich die Zahl der Behinderten in Deutschland seit 2012 entwickelt habe, und zwar "insbesondere die durch Heirat innerhalb der Familie entstandenen". Bislang hat von der Braunschweiger AfD niemand dazu Stellung genommen.

Sozialverbände hatten sich darüber entsetzt gezeigt, da die Anfrage "an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde und die zu Hunderttausenden Opfer des Nationalsozialismus wurden" erinnere.

Der Braunschweiger Leiter des Vereins Cura e.V. hat wegen der diskriminierenden AfD-Anfrage seine Teilnahme an der ersten Braunschweiger Inklusionskonferenz abgesagt, solange sich die Braunschweiger AfD nicht distanziere. Eine Teilnahme sei für ihn "nicht vorstellbar", solange auch die AfD eine Teilnahme an der Inklusionskonferenz beabsichtige.

